

Der Umzugsbeschluss kippt

Auch SPD will jetzt dem CDU-Antrag auf Aufhebung zustimmen / Initiative zufrieden

Von Thomas Hagemann

LÜDENSCHIED ▪ Der auf Eis gelegte Ratsbeschluss vom 30. September, wonach Teile der VHS und die Musikschule an die Kaiserallee umziehen sollen, wird am Montag im Stadtrat voraussichtlich ganz gekippt. Auch das laufende Bürgerbegehren, für das die Umzugsgegner inzwischen gut 2000 von 3600 nötigen Unterschriften sammelten, würde dann eingestellt.

SPD-Fraktionschef Ingo Diller bestätigte gestern Abend auf Anfrage der LN, dass nun auch die Sozialdemokraten dem Ratsantrag der CDU auf die Aufhebung zustimmen wollen. Der Grund für diesen Sinneswandel liege in der juristischen Prüfung des gesamten Sachverhalts durch die Stadtverwaltung.

Denn diese Prüfung ergab: Nur die Aufhebung des Ratsbeschlusses kann das Bürgerbegehren und den damit angepeilten, 100 000 Euro teuren Bürgerentscheid über die Umzüge am Kommunalwahl-



Auch die Musikschule soll mit den EU-Geldern saniert werden.

tag, dem 25. Mai, verhindern.

Dies war zuletzt so wichtig geworden, weil ein neues Vorhaben die Umzüge ganz überflüssig machen soll: die Altstadtsanierung mit Hilfe von EU-Geldern. Seit die Verwaltung kürzlich erklärt hatte, dass dafür realistische För-

der-Chancen bestehen und der Stadtrat 80 000 Euro zur Vorbereitung der Anträge freigab, drohte der Bürgerentscheid ins Leere zu laufen. Das wäre auch nicht im Sinne der Initiative gewesen, wie Marianne Grimmenstein erklärte. Sie steht seit Wochen an den Markttagen mit ihren Mitstreitern vom Altstadtverein und CDU-Aktiven als Unterschriftensammlerin an der Stern gasse.

Das machte sie auch weiter, als der Stadtrat wegen der EU-Lösung den Umzugsbeschluss kürzlich bis zum Herbst einfro. Denn erst dann soll klar sein, ob die EU-Anträge der Stadt Erfolg haben. Doch die Initiative hat laut Verwaltung tatsächlich nur einen Anlauf gegen die Umzugspläne. Die zuletzt vorgetragene Verwaltungsmeinung, wonach auch die Bürger im Herbst weitermachen könnten, falls der Umzugsbeschluss doch wieder in Kraft gesetzt würde, erwies sich als falsch. Somit bleibt laut Diller jetzt nur die Aufhebung. Sonst könne es

passieren, dass die Stadt im Mai 100 000 Euro für den Bürgerentscheid zu den Umzügen aufwenden muss, die gar nicht mehr stattfinden.

Marianne Grimmenstein zeigte sich hochzufrieden mit dem Ergebnis, das sie der Initiative zuschreibt: „Hätten wir uns nicht gewehrt, wäre die EU-Lösung gar nicht erst gesucht worden.“ Umgekehrt: Hätte die Stadt diese Variante eher herausgefunden, „wären uns viele kalte Füße erspart geblieben“.

Erfreut über die jüngste Entwicklung zeigte sich auch CDU-Fraktionschef Oliver Fröhling: „Auch wenn wir nur juristische Laien sind, hat sich unsere Einschätzung als korrekt erwiesen.“ Der Beschluss, um den seit Jahresanfang gerungen wurde und für den es unzählige Prüfungen gab, sei nun hinfällig, und bis Herbst gebe es einen neuen Stadtrat. Dann würden alle Karten neu gemischt. Grimmenstein wie auch Fröhling wollen indes noch bis Montag weitersammeln.